

## ORDNUNGSPOLITIK

### Regionale Freihandelsabkommen zügig abschließen

Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Internationaler Freihandel ermöglicht Spezialisierung und Arbeitsteilung und sorgt so für eine effizientere Allokation von Ressourcen. Er erhöht den Wettbewerb, so dass Unternehmen einen Anreiz haben, produktiver zu werden und sich stärker an den Wünschen der Konsumenten auszurichten. Dies führt zu mehr Wohlstand und Beschäftigung. Die derzeit 160 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) haben es sich daher zur Aufgabe gemacht, Handelschranken abzubauen. Multilaterale Freihandelsabkommen zu beschließen, dauert jedoch oft viele Jahre. So wird in der Doha-Runde der WTO bereits seit mehr als zehn Jahren über verbesserten Marktzugang für Agrarprodukte, Industriegüter, Dienstleistungen sowie über Umweltthemen und die weitere Integration der Entwicklungsländer verhandelt.

Auch als Reaktion auf den schleppenden Fortgang der Doha-Runde haben bilaterale bzw. regionale Verhandlungen zwischen einzelnen WTO-Mitgliedern in den vergangenen Jahren zugenommen. Mit ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung und ihrem weiten Anwendungsbereich stellen die so genannten Mega-regionals wie das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) und das transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) einen neuen Ansatz in den globalen Wirtschaftsbeziehungen dar. Diese Abkommen sollten möglichst zügig abgeschlossen werden, denn sie tragen zu mehr weltweitem Handel und verstärkter globaler Arbeitsteilung bei und können damit den weltweiten Wohlstand mehren. Auch könnten sie den multilateralen Verhandlungen in der Doha-Runde wieder neuen Schwung verleihen.

Bilaterale Handelsabkommen wurden lange Zeit als hinderlich für multilaterale Handelsliberalisierung betrachtet, da sie nicht nur zu mehr Handel zwischen den an einem Abkommen Beteiligten führen, sondern auch handelsablenkende Effekte haben und Dritte von den Vorteilen des Freihandels ausschließen. Aufgrund der immer

länger werdenden Wertschöpfungsketten und der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung sind jedoch heute Handelsbeziehungen mehr und mehr komplementär zu Investitionsströmen – handelsablenkende Effekte treten in den Hintergrund. Bilaterale bzw. regionale Ansätze und multilaterale Verhandlungen werden daher heute als kompatibel miteinander angesehen. Insbesondere die beiden großen derzeit verhandelten regionalen Abkommen TTIP und TPP könnten sich als für die multilaterale Handelsliberalisierung förderlich erweisen. So umfassen sie jeweils viele Länder (im Falle von TTIP die 28 EU-Mitgliedstaaten und die USA und bei TPP 10 Staaten aus Asien und Lateinamerika sowie Kanada und die USA) und gehen über die im Rahmen der multilateralen Doha-Runde vorgesehene Agenda hinaus.

Gemeinsam bilden die EU und die USA den weltweit größten bilateralen Handelsraum. Sie repräsentieren gemeinsam mehr als 40 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 30 Prozent des Welthandels. Da die Zölle zwischen beiden Handelsblöcken bereits relativ niedrig sind, stehen bei den Verhandlungen die nicht-tarifären Handelshemmnisse im Vordergrund. Die öffentliche Diskussion über „Chlorhühnchen“ und „Hormonfleisch“ zeigt, wie wichtig und gleichzeitig emotional Fragen von Umwelt- und Verbraucherstandards sind. Allerdings geht in der öffentlichen Diskussion bisweilen unter, dass viele Produktvorschriften in den USA viel strenger sind als in Deutschland und damit keineswegs in jedem Fall ein Unterlaufen deutscher oder europäischer Standards droht. Vielmehr besteht die Gefahr, dass unterschiedliche Standards als vorgeschobenes Argument missbraucht werden, um protektionistische Sonderinteressen durchzusetzen.

Eine gegenseitigen Anerkennung der jeweils im anderen Land geltenden Standards hätte gegenüber einer Harmonisierung den Vorteil, dass sie Wettbewerb zwischen verschiedenen Standards ermöglicht, so dass sich der beste Standard herausbilden kann oder bei unterschiedlichen Präferenzen unterschiedliche Standards gleichzeitig bestehen können. Das so genannte Ursprungslandprinzip hat sich im Europäischen Binnenmarkt bereits bewährt. Voraussetzung ist, dass klare Kennzeichnungsvorschriften erlassen werden, so dass Konsumenten informiert darüber entscheiden können, welches Produkt sie kaufen. Drittländern sollte für ihre Produkte erlaubt werden, zwischen den jeweils gültigen Standards zu

## KERNAUSSAGEN

### Politikanalyse:

- Freihandel ermöglicht Spezialisierung und Arbeitsteilung, sorgt für effizientere Ressourcenallokation und führt zu mehr Wohlstand und Beschäftigung.
- Multilaterale Freihandelsverhandlungen wie die Doha-Runde werden auf absehbare Zeit nicht zum Abschluss kommen.
- Mega-regionals wie TTIP und TPP stellen einen neuen Ansatz in den globalen Wirtschaftsbeziehungen dar.

### Politikempfehlung:

- TTIP und TPP zügig abschließen, um Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu realisieren und den multilateralen Verhandlungen neuen Schwung zu geben.
- Gegenseitige Anerkennung von Standards und Kennzeichnungspflichten, so dass Konsumenten informierte Entscheidungen treffen können.
- Öffentlicher Diskurs zu Vor- und Nachteilen von Freihandelsabkommen.

wählen. So können hohe Produktstandards über die am jeweiligen Abkommen Beteiligten hinaus Gültigkeit erlangen.

In der multilateralen Doha-Runde waren die Fronten insbesondere zwischen den USA und den großen Schwellenländern lange verhärtet. Ende 2013 einigten sich zwar die WTO-Mitgliedstaaten auf Bali auf das erste nennenswerte Abkommen seit Beginn der Doha-Runde 2001, die neue indische Regierung hat dieses jedoch nicht unterzeichnet. Ein Abschluss der Doha-Runde ist damit weiterhin nicht in Sicht. Die aktuellen Verhandlungen zu TTIP und TPP sollten daher als Chance begriffen werden, auf diesem Weg internationale Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu geben. Die zum Teil sehr einseitig in Richtung des vermeintlichen Abbaus von Standards geführte öffentliche Debatte über TTIP hat in Deutschland allerdings zu einem Stimmungswandel geführt. Inzwischen sieht die Mehrheit der Deutschen TTIP kritisch. Daher ist es wichtig, über die Vor- und Nachteile einen öffentlichen Diskurs zu führen und die relevanten ökonomischen Zusammenhänge zu erläutern. Dies ist bislang zu wenig geschehen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Internationale Freihandelsabkommen – Weg zu mehr Wohlstand weltweit?“ mit Prof. Dr. Andreas Freytag (Friedrich-Schiller-Universität Jena) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

### Impressum

ECONWATCH  
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.  
Poststraße 12, 10178 Berlin

### Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: [www.econwatch.org](http://www.econwatch.org)